

Aus dem Inhalt

dfi analyse

Die „Kulturmauer“ durchbrechen – Seite 1
Trauer um Robert Picht – Seite 2

dfi information

Frankreich in Europa – Hintergründe eines aktuellen Themas. XXIV. dfi-Jahrestagung – Seite 6
Deutsch-französisch-belgische Bürgermeisterkonsultationen in Stuttgart – Seite 7
Zehn französische Nachwuchsjournalisten lernen Deutschland und die Bundeshauptstadt Berlin kennen – Seite 7
10. Deutsch-Französischer Dialog in Otzenhausen – Seite 8
„Marthe und Mathilde“ – eine Familie im Elsass zwischen Frankreich und Deutschland: Lesung mit Pascale Hugues – Seite 8
„In Frankreich sind doch die Medien unabhängig. Oder?“: Deutsche Jungjournalisten in Paris – Seite 9
Deutsch-französische Konferenz zur Innovationspolitik – Seite 9

dfi service

dfi beteiligt am Internetportal IREON – Seite 10
Neuerscheinung: Publikation zur Tagung „Öffentliche Dienstleistungen – neue Anforderungen und Organisationsformen“ – Seite 10
Eine Fundgrube für Frankreichinteressierte: das deutschsprachige Angebot von rfi – Seite 10
Buchvorstellung: „Sarkozy der Europäer“ – Seite 11
Buchvorstellung: Nation und Europa in Parlamentsdebatten zur Europäischen Integration – Seite 11

Informationen aus dem Deutsch-Französischen Institut Ludwigsburg Ausgabe 4 | 2008

Die „Kulturmauer“ durchbrechen

Kulturelle Dimensionen politischer und wirtschaftlicher Zusammenarbeit in Europa

dfi analyse Am Ende seines Lebens erklärte Jean *Monnet*, der erfahrene Praktiker französisch-britischer und transatlantischer Rüstungskoooperation in zwei Kriegen, Vater der französischen Planification, Inspirator der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und des Gemeinsamen Marktes: „Sollte ich noch einmal von vorne beginnen, ich würde bei der Kultur anfangen.“ Ist diese kritische Rückbesinnung ebenso aktuell wie die unkonventionellen Methoden, mit denen *Monnet* das zerschlagene Europa der Nachkriegszeit aufzurütteln versuchte?

Der sowjetisch-amerikanische Abrüstungsdialog offenbart es ebenso wie die bedrohliche Entwicklung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen: In den zentralen Fragen seiner Sicherheit und wirtschaftlichen Zukunft ist Europa heute mehr auf sich selbst gestellt als je seit Beginn der fünfziger Jahre. Die Probleme europäischer Verteidigungs- und Wirtschaftsgemeinschaft stellen sich deshalb mit neuer Dringlichkeit und Grundsätzlichkeit, sie lassen

sich mit bloßen Kompromissen zwischen nationalen Vorbehalten nicht mehr lange hinauschieben. Vor den Einzelheiten der jeweiligen Rüstungs-, Aufmarsch-, Währungs- und Handelsabmachungen stehen die politischen Grundfragen, die weitreichende Wert- und Zugehörigkeitsentscheidungen bedeuten.

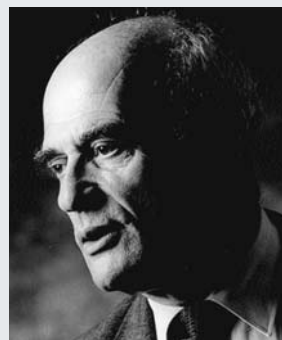
Zugleich haben industrielle Entwicklung und wirtschaftliche Verflechtung innerhalb der Europäischen Gemeinschaft ein Ausmaß an Interdependenz geschaffen, das eigenständige rationale Wirtschafts-, Technologie- und Umweltpolitik kaum mehr zuläßt. Zur weiteren Gestaltung des eigenen Lebensrahmens sind die Völker Europas in einem Ausmaß darauf angewiesen, sich gegenseitig wirklich zu verstehen und zusammenzuarbeiten, wie nie zuvor in der Geschichte. Mit dem Schwinden des Handlungsspielraums und damit der Autorität der nationalen Regierungen, dessen Folgen in allen europäischen Demokratien zu beobachten sind, muß Kooperation, will sie tragfähig sein, auf Verständigung zwischen den mei-

Fortsetzung Seite 2

Zur Einführung

Was können Worte bewirken? In Frankreich haben die Intellektuellen den Ruf, unbequem aber äußerst wirkungsvoll zu sein, wenn ihre Gedanken im richtigen Moment in die öffentliche Debatte Eingang finden. So gesehen war Robert Picht ein „intellectuel“. Es ist schwer, die Wirkung von Gedanken und Begriffen empirisch zu messen – aber es ist kaum zu bestreiten, dass ohne äußere Anstöße die politische und gesellschaftliche Debatte ärmer wäre.

Zum Gedenken an den verstorbenen dfi-Direktor drucken wir hier einen Artikel ab, mit dem er vor 20 Jahren den Begriff der „Kulturmauer“ populär gemacht hat. Wer diesen Text heute liest, stellt einerseits fest, dass



Robert Picht, 1937 – 2008
(Quelle: dfi).

seither die Zusammenarbeit in Europa erhebliche Fortschritte gemacht hat – die Geschichte ist nicht still gestanden. Andererseits gibt es aber auch Themen und Argumente, die an

Aktualität nichts verloren haben. Mit diesem Text wie mit vielen seiner Bücher hat Robert Picht dazu beigetragen, die politische Soziologie mit kulturwissenschaftlichen Fragestellungen zu bereichern.

(Quelle des Originalbeitrags: Europa-Archiv, 42 (1982) 10, S. 279–286. Die Orthografie des Originalbeitrags wurde beibehalten.)

Fortsetzung von Seite 1

nungsbildenden gesellschaftlichen Kräften beruhen. An die Stelle traditioneller Diplomatie tritt ein erhöhter Bedarf an Kommunikation zwischen bisher kaum auslandsorientierten Gruppen. Der Begriff „internationale Verständigung“ sollte deshalb genauer präzisiert werden. Es ist vom Bedarf her zu klären, welche Form des Dialogs, also auch welche Form von Sprachkenntnissen und Informationen erforderlich ist.

Mit wachsender Interdependenz steigen auch die Anforderungen an die Kooperationsfähigkeit in Wissenschaft, Technologie und Industrie. Will man über die wenigen immer wieder zitierten Großprojekte wie Airbus, Ariane oder den Grenobler Forschungsreaktor Laue-Langevin hinauskommen, muß eine Vielfalt ständiger Zusammenarbeit zwischen Instituten und Firmen mittlerer und kleiner Größenordnung entstehen. Die Europäische Gemeinschaft wird erst dann zu einem eigenständigen Wirtschaftsraum heranwachsen und die Gefahr der industriellen Balkanisierung überwinden, wenn dem großen europäischen Markt auch ein Geflecht wirtschaftlicher Kooperationsbeziehungen über die Grenzen hinweg entspricht.

Was aber haben Sicherheit, die Fragen der Wirtschafts- und Währungsunion und die Entwicklung wissenschaftlicher und technologischer Kooperation mit Kultur zu tun?

Nähe und Fremdheit in den deutsch-französischen Beziehungen

Die deutsch-französischen Beziehungen sind in doppelter Hinsicht symptomatisch. Durch Institutionen wie das Deutsch-Französische Jugendwerk, ständige Konsultationen zwischen den Regierungen und periodische „Kultur Gipfel“ wie zuletzt im Oktober 1986 in Frankfurt wird besonders viel für die kulturelle Begegnung weiter Bevölkerungskreise getan. Wie alle Meinungsumfragen bestätigen, besteht in der breiten Öffentlichkeit ein hoher Grad gegenseitiger Sympathie, die durch ständige Begegnungen im Rahmen von Gemeinde- und Schulpartnerschaften, durch intensiven Hochschulaustausch und durch unzählige wirtschaftliche und private Kontakte gepflegt wird. Und doch brechen gerade in den zentralen Bereichen Sicherheit, Wirtschaft und Umwelt immer wieder grundlegende Divergenzen auf, die sich nicht auf bloße Interessengegensätze beschränken. Bei den zahlreichen deutsch-französischen Kolloquien und Verhandlungen ist zu beobachten, wie gegenseitiges Unver-

Fortsetzung Seite 3

Trauer um Robert Picht (1937 -2008)

Robert Picht, der über 30 Jahre Direktor des Deutsch-Französischen Instituts war, ist kurz vor seinem 71. Geburtstag nach schwerer Krankheit im Kreis seiner Familie gestorben. Mit ihm verlieren alle engagierten Europäer einen treuen Verbündeten und großen Kenner der vielseitigen und komplexen Zusammenarbeit zwischen europäischen Staaten und Gesellschaften.

Robert Picht hinterlässt mit dem dfi, das er zu dem gemacht hat, was es heute ist, ein großartiges Lebenswerk. Als er 1972 unter dem legendären Gründungspräsidenten Carlo Schmid die Leitung der Geschäfte im dfi übernahm, gab es vier Angestellte. Wenige Jahre später zählte das dfi nahezu 20 Mitarbeiter. Seine Vision war klar: Das dfi sollte zu einem wissenschaftlich fundierten, aber außeruniversitären Zentrum für die deutsch-französische Zusammenarbeit werden. Publikationen zu Fragen der Aktualität, Hintergrundanalysen der gesellschaftlichen Entwicklungen, Bereicherung der politischen Analyse durch einen kulturwissenschaftlichen Blick auf Sprachen, Bildungstraditionen, Selbst- und Fremdbilder, auf prägende Schlüsselbegriffe waren die Instrumente, mit denen Robert Picht und seine Mitarbeiter einen originellen Platz inmitten all derer einnahmen, die sich mit der Aktualität Frank-

reichs und den deutsch-französischen Beziehungen befassen.

Seinen Kampf für mehr konkrete Kenntnisse über Politik, Gesellschaft, Kultur und Wirtschaft Frankreichs auch in den deutschen Romanistik-Studiengängen hat er mit großer Ausdauer geführt und, so kann man heute sagen, letztlich gewonnen. Die erfolgreichen romanistischen Studiengänge heute haben selbstverständlich Elemente dessen, was man früher etwas unpräzise „Landeskunde“ nannte.

Unter Pichts Publikationen stechen einige Artikel und Bücher hervor, die große Aufmerksamkeit gefunden und Diskussionen angestoßen haben. Dazu gehört der Artikel zur „Kulturmauer“, den wir hier erneut abdrucken, vor allem aber das äußerst erfolgreiche Gemeinschaftswerk „Fremde Freunde“. Dieses Buch zeigt, dass Robert Picht nicht nur die richtigen Ideen und ein Gespür für relevante Fragestellungen hatte, sondern auch ein immenses Netzwerk von Kollegen in Deutschland und Frankreich, die gerne zu diesem Werk ihre Kenntnisse beigetragen haben. Robert Picht, der europäische Intellektuelle, hat Zeit seines Lebens das Feld der deutsch-französischen und europäischen Zusammenarbeit bestellt – die Früchte werden noch Generationen von jungen Europäern ernten können.



Robert Picht im Gespräch mit dem früheren Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker (2. v. l.) beim Festakt zum 40-jährigen Jubiläum des dfi 1988 (Quelle: dfi).

Fortsetzung von Seite 2

ständnis den Dialog blockiert, den notwendigen Interessenausgleich behindert und eine klare Politik für die Zukunft erschwert. Seit Beginn der achtziger Jahre sind neue Vorurteile nachgewachsen, die schwerer zu überwinden sind als die alten, von der Geschichte überholten Erbfeindklischees.

Ist das Reizwort „Kulturmauer“ zur Bezeichnung dieser Verständigungsschwierigkeiten berechtigt? Ein Gespenst, das auch in prominenten französischen Köpfen umgeht, heißt deutscher „Nationalneuralismus“. Es muß um so unheimlicher wirken, als Friedensbewegung und Grüne die alte Furcht vor den „deutschen Ungewissheiten“, vorromantischen Verirrungen und Ausbrüchen eines gefährlichen Irrationalismus geweckt haben. Dahinter steht die Angst der Franzosen vor der Angst der Deutschen, die Furcht also vor einem Abdriften der Bundesrepublik Deutschland nach Osten.

„Deutschland wird wieder deutsch“, lautet die Formel, welche die Präsidentendolmetscherin Brigitte *Sauzay* für dieses Syndrom gebraucht, hinter dem Unsicherheit gegenüber der ungelösten deutschen Frage steht.¹ Umgekehrt ist nicht nur in Kreisen der deutschen Linken das Verständnis für die französische Politik nationaler Unabhängigkeit auf der Grundlage eines ehrgeizigen militärischen und zivilen Nuklearprogramms gering. Deutsch-französische „Mißverständigung“ nennt Lothar *Baier* das Gewirr gegenseitiger meist unausgesprochener Vorbehalte und Verdächtigungen. Ist dieses, wie Claus *Leggewie* behauptet, Ausdruck eines neuen Nationalismus auf beiden Seiten?²

Man mag derlei Verdächtigungen als mythologisches Gefasel abtun – die Fragen, um die es geht, sind ernst und betreffen unmittelbar die viel beschworene deutsch-französische Schicksalsgemeinschaft im – wie Michail *Gorbatschow* lockend formuliert – „gemeinsamen Haus Europa“. Es geht um Gestalt und Werte nationaler Zukunft für Deutsche und Franzosen, also um die Kernfragen der eigenen und der fremden Kultur in ihrer gegenseitigen Abhängigkeit von der internationalen Konstellation. Es geht um Verteidigungsbereitschaft, also um den Kern der Abschreckung, Leben und Tod. „Nie wieder Krieg von deutschem Boden“ entspricht anderer historischer Erfahrung als „Nie wieder München 1938“. Die „Kulturmauer“ steht dort, wo derartige Fragen undiskutierbar bleiben.

In der Wirtschaft dagegen scheinen die Grenzen überwunden. Der deutsch-französische Handel hat ein derartiges Ausmaß erreicht, daß beide Länder nicht nur gegenseitig der erste Handelspartner, sondern damit wirt-

schaftlich stark voneinander abhängig geworden sind.³ Wer dringlich Geschäfte machen möchte, kann dies zur Not auch auf Englisch tun.

1986 untersuchte das Basler Prognos-Institut im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft die Kooperation zwischen deutschen und französischen Industrieunternehmen. Kernfrage der Untersuchung war die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und französischen Unternehmen auf den Welt- und Binnenmärkten durch verstärkte Zusammenarbeit. Neben der ökonomischen Analyse wurden intensive Interviews mit insgesamt 121 Unternehmen durchgeführt. Das Ergebnis liest sich wie ein kulturpolitisches Manifest: Je weiter der Versuch zur Kooperation geht, desto spürbarer wird auch hier die „Kulturmauer“.

„Mangelnde Deutsch- und Französischkenntnisse wurden von zahlreichen Unternehmen auf deutscher wie auf französischer Seite als ein die Aufnahme und Intensivierung der Beziehungen beeinträchtigendes Problem genannt. Sprachbarrieren behindern zwar auch den Direktexport, wirken sich aber weit stärker bei den unmittelbaren Kooperationsbeziehungen aus. (...) Dem Mangel an einer ausreichenden Zahl qualifizierter Mitarbeiter mit Deutschbeziehungswise Französischkenntnissen begegnen multinationale Unternehmen teilweise durch Benutzung der englischen Sprache. Da Englisch für beide Seiten eine Fremdsprache ist, kann dieses nur eine unzureichende Lösung sein.“⁴ Die Hindernisse sind aber keineswegs nur sprachlicher Art. Die befragten Unternehmen bezeichnen sie mit dem ominösen Begriff „Mentalität“. „Die Ursache für Klagen über Schwierigkeiten aufgrund von Mentalitätsdifferenzen scheint überwiegend darin zu liegen, daß entweder die Kenntnisse über die unterschiedlichen Voraussetzungen in den einzelnen Ländern unzureichend sind oder daß bei den Partnern die Bereitschaft nur gering ist, sich um ein gegenseitiges Verständnis zu bemühen.“⁵

Auch in der Wirtschaft macht man also die keineswegs paradoxe Erfahrung, daß die Schwierigkeiten und Anforderungen gegenseitiger Verständigung mit wachsender Annäherung nicht ab-, sondern zunehmen. Fremdheit, jene scheinbar undurchdringliche und irritierende Andersartigkeit der Mentalitäten und Orientierungen wird um so spürbarer, je mehr Partner aufeinander angewiesen sind.

■ Fremdheit auch zwischen den anderen Partnerländern der Europäischen Gemeinschaft

Die hier für das deutsch-französische Verhältnis beobachteten Verständigungshindernisse und Vertrauenslücken lassen sich auch bei anderen Ländern der Europäischen Gemeinschaft und keineswegs nur im Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland feststellen. Man denke an das traditionell besonders schwierige französisch-britische Verhältnis, die Spannungen durch die EG-Erweiterung oder die Falklandkrise. Die Kräfte der Geschichte wirken in Gegensätzlichkeiten nationaler Traditionen fort, die sich durch Kommission und Europäisches Parlament nicht eindämmen lassen.

Wie Jean *Monnet* betonte auch der damalige belgische Ministerpräsident Leo *Tindemans* in seinem 1975 erstellten Bericht zur Europäischen Union die Bedeutung der kulturellen Dimension: „Die Vorschläge, mit denen Europa dem Bürger nähergebracht werden soll, ergeben sich unmittelbar aus den eigentlichen Beweggründen für das europäische Einigungswerk. Sie geben diesem Werk seine menschliche und soziale Dimension. Mit ihnen soll versucht werden, uns im Rahmen der Europäischen Union einen Teil des Schutzes und der Kontrolle unserer Gesellschaften zurückzugeben, der sich der Autorität der Staaten wegen der Art der Probleme und der Internationalisierung des sozialen Lebens allmählich entzieht. Sie sind insofern fundamental für das Gelingen dieses Unterfangens, als es nicht ausreicht, daß unsere Schicksalsgemeinschaft eine Realität ist. Sie muß auch als solche erkannt werden.“⁶

1983 bestätigte der Luxemburger Gaston *Thorn* als EG-Präsident diesen Befund: „Dies erfordert eine Qualität des gegenseitigen Kennens und Verstehens nicht nur zwischen den Regierungen, sondern auch zwischen den vielfältigen gesellschaftlichen Kräften der beteiligten Länder, wie sie heute noch keineswegs gesichert ist. Die Verbesserung der Kommunikation, die Vertiefung des Brückenschlagens zwischen den europäischen Völkern, die letztlich nur durch Maßnahmen im kulturellen Bereich zu erreichen ist, wird so gesehen zu einer unmittelbaren politischen Bedingung für das Gelingen des europäischen Einigungsprozesses. (...) Aber dennoch: Die praktische Erfahrung zeigt – und verschiedene Untersuchungen bestätigen es –, daß die gegenseitige Kenntnis in den für die europäische Zusammenarbeit wesentlichen Bereichen immer noch unzuverlässig ist und daß das wirkliche Verständnis für die Probleme des Nachbarn noch oft fehlt. Dies gilt nicht nur für den vielzitierten ‚Mann auf der Straße‘, sondern auch für Experten in den verschiedensten Bereichen, die regelmäßig zu Kontakten zusammentreffen.“⁷

Fortsetzung Seite 4

Werbung statt Verständigung: die Paradoxien europäischer Kulturpolitik

Das Problem ist also seit längerer Zeit erkannt, die politische Praxis aber zieht keine oder oft falsche Konsequenzen. *Tindemans* forderte in seinem Bericht die Schaffung einer Stiftung zur Anregung eines „Europa der Bürger“; dieses Projekt wurde 1982 nach langen Geburtswehen schließlich von den Regierungen unterzeichnet, von allen Parlamenten außer dem niederländischen ratifiziert und ist schon fast in Vergessenheit geraten. Der seit Jahren in Paris tagende Vorbereitungsausschuß hat bisher keine überzeugenden Vorschläge zum Tätigkeitsfeld dieser Stiftung vorgelegt. Ihrem Auftrag nach soll sie mit recht beschränkten Eigenmitteln aus dem EG-Fonds für den Europa-Gedanken werben, hierzu vielleicht weitere Privatmittel mobilisieren. Die Stellung dieser geplanten Stiftung zwischen nationalen Regierungen, EG-Instanzen und privaten Initiativen bleibt unklar. Am 19. Mai 1987 verweigerte der niederländische Senat schließlich die Ratifizierung dieses Stiftungsprojekts.

An einem recht oberflächlichen Konzept des „Europa der Bürger“ orientiert sich auch der dem Mailänder Gipfel 1985 vorgelegte „Adonino-Bericht“. Durch symbolische Aktionen aller Art soll das Gemeinschaftsgefühl gestärkt, europäische Identität entwickelt werden. Pässe, Hymnen, Fahnen, Briefmarken und der Abbau der Grenzkontrollen sind gewiß erfreuliche Initiativen; gemeinsame Festspiele können die gegenseitige Sympathie steigern. Das deutsch-französische Beispiel zeigt aber deutlich, daß die „Kulturmauer“ durch derartiges nicht zu durchbrechen ist.

Dies kann auch die übliche politische Bildung nicht leisten, die so stark auf das Ziel der europäischen Integration fixiert ist, daß sie die nationalen Unterschiede beiseite schiebt. Gewiß muß der Sinn für das Gemeinsame gestärkt, über die europäischen Institutionen und ihre Geschichte informiert, für die Beteiligung bei Europa-Wahlen geworben werden. Die Öffentlichkeit und gerade auch die Jugend hat aber ein immer feineres Gespür für Illusionen. Sie sollte dort angesprochen werden, wo die Probleme auch weiterhin liegen, im lokalen, regionalen und nationalen und konkret transnationalen Bereich grenzübergreifender Zusammenarbeit.

Auch Medienprogramme, auf die sich vorzugsweise kulturpolitische Energien richten, können nicht jene mühsame Arbeit des Umdenkens und Weiterschulens leisten, die erforderlich ist.

Ein europäischer Kulturkanal, sollte dieser je zustandekommen, kann reizvolles Anschauungsmaterial bieten, Interesse wecken und die Informationsbereitschaft erhöhen. Alle Medienwirkungsforschung belegt aber, daß man auch im Fernsehen nur sieht, was man schon weiß. Die anspruchsvolle Dialog- und Kooperationsfähigkeit, die es zu schulen gilt, ist auch durch das schönste Europa-Programm – das aber ohnehin kaum finanzierbar wäre – nicht zu erreichen.

Qualifikation: Anforderungen an das Bildungswesen

Jede Managementstudie belegt es von neuem. Kooperation kann nur soweit gelingen, wie die Qualifikation der Mitarbeiter reicht. Aus- und Fortbildung sind deshalb entscheidende Investitionen, die kein Betrieb ungestraft vernachlässigen darf. Die Prognos-Studie über deutsch-französische Unternehmenskooperation belegt, daß dies auch für die internationale Zusammenarbeit gilt: „Die Basis jeder grenzüberschreitenden Kooperation ist die gegenseitige Verständigungsmöglichkeit. (...) Dabei muß man sehen, daß sich Sprachkenntnisse und besonders die Bereitschaft, sich frei in einer Fremdsprache zu artikulieren, nur schwer durch nachträgliche Kurse erwerben lassen, wenn diese Kurse nicht gleichzeitig auf Grundkenntnissen, die in der Schule oder bei Frankreich- bzw. Deutschlandaufenthalten erworben wurden, aufbauen können. Eine weiterhin erforderliche Intensivierung der deutsch-französischen Kontakte im Rahmen der Schule und des Kulturaustausches sind dafür die entscheidende Basis. (...) Kurzfristig am erfolgversprechendsten scheint ein Programm zu sein, das an die häufig gehörte Klage der Unternehmen anknüpft, daß es außerordentlich schwierig sei, qualifizierte Mitarbeiter insbesondere aus den technischen Bereichen mit Sprachkenntnissen zu finden. Auch hier ist eine Sprachausbildung bereits im Berufsleben oft schwer. Ansatzpunkte gibt es jedoch in der Berufsvorbereitung, d. h. an den technischen Universitäten und Fachhochschulen, die vielfach über Kontakte zu entsprechenden Institutionen im jeweils anderen Land verfügen. (...) Dieses Potential selbst könnte aber auch durch gezielte Maßnahmen weiter vergrößert werden. Gerade die Schnittstelle Ausbildung/Berufsanfang erscheint uns als ein wichtiger Ansatzpunkt, um gegenseitige Sprachdefizite zu verringern.“⁸

Die Praxis zeigt also, daß die internationale Qualifikation ebenso auf lebenslanges Lernen angewiesen ist wie die technische. Die Einarbeitung in neue Aufgaben und Situationen

kann nur gelingen, wenn ein solides Fundament von Grundkenntnissen und eine Bildung zugrunde liegen, die auf die Verständigung mit ausländischen Partnern vorbereiten.

Bereits im Sprachlichen können die heute üblichen raschen „crash courses“ das Problem ebensowenig lösen wie der heute übliche, nur angeblich „kommunikative“ Fremdsprachenunterricht der Schulen, der auf banale Alltagssituationen und gerade nicht auf die differenziertere Verständnisaufgaben vorbereitet, für die sich das zusätzliche Erlernen von Sprachen wie Französisch, Deutsch oder Italienisch überhaupt erst lohnt. Alle Untersuchungen zum Thema „Fremdsprachen für die Wirtschaft“⁹ zeigen, daß zum Verständnis wirtschaftlicher und wirtschaftspolitischer Vorgänge und zum Umgang mit ausländischen Partnern eine Fähigkeit des Begreifens und Sich-Verständlichmachens erforderlich ist, die erhebliche kulturelle Kenntnisse, Sensibilität und insbesondere die Fähigkeit voraussetzt, zwischen Eigenem und Fremdem zu vergleichen. Auf die Menschen kommt es an.

Geschichte bestimmt die „Mentalitäten“

Dies gilt um so mehr, wenn es um die schwierigeren Abschnitte der „Kulturmauer“ geht, die Unterschiede der „Mentalitäten“ und der Einstellungen zu politisch-ideologischen Grundfragen, die man heute gerne mit dem ominösen Begriff „Identität“ bezeichnet. Bei näherem Hinsehen erweist sich das, was als Psychologie und unverständliche Irrationalität erscheinen mag, als das Ergebnis historischer Entwicklungen, staatlicher und gesellschaftlicher Strukturen und Regelungen, religiöser und ästhetischer Traditionen, philosophischer und wissenschaftlicher Denkmuster, die oft unverständlich Denken und Verhalten des einzelnen prägen. Derartige durchaus nachvollziehbare Einflüsse und insbesondere die Prägung durch das Bildungswesen führen dazu, daß auch in Europa die Grundformen des Denkens und Argumentierens erheblich voneinander abweichen. Wie definiert man ein Problem? Was gilt als Information? Was wird als Lösung akzeptiert? Schon hier gibt es gravierende kulturspezifische Unterschiede.

Selbstverständlich wird niemand in der Lage sein, dies alles zu wissen und im Verhalten gegenüber ausländischen Partnern angemessen zu berücksichtigen. Sehr wohl aber verlangt eine international verflochtene Welt eine Form von Bildung, die mehr als bisher die Fähigkeit schult, sich an wechselnde interna-

Fortsetzung Seite 5

Fortsetzung von Seite 4

tionale Situationen anzupassen und diese aktiv mitzugestalten. Dies erfordert ein hohes Maß von Sensibilität, Selbstkritik und Lernfähigkeit. Eine vergleichende Einführung in die Geschichte der europäischen Länder, ihre Gemeinsamkeiten und Unterschiede scheint der beste Beginn für ein derartiges lebenslanges Lernen im Umgang mit kulturellen Unterschieden, die auch die vertrautesten Partner einander entfremden können.

Europäische Kulturpolitik kann nur im Verbund gelingen

Die Notwendigkeit, internationale Qualifikation in Form lebenslangen Lernens zu erwerben, zeigt, weshalb alle Versuche, dies einzelnen Instanzen zu überlassen, Stückwerk bleiben müssen. Ohne sinnvolle Verknüpfung müssen Schule, Hochschule und betriebliche Fortbildung hier ebenso scheitern wie die gut gemeinten Bemühungen des Europarats oder der ohnehin nur mit geringen bildungs- und kulturpolitischen Kompetenzen ausgestatteten EG-Kommission. (Symptomatisch ist, daß dieser Bereich in der Europäischen Akte ausgeklammert bleibt.)

Die Kommunikationsfähigkeit zwischen den europäischen Ländern kann vielmehr nur dann nachhaltig verbessert werden, wenn eine konsequente Förderung der Fremdsprachen, der vergleichenden europäischen Geschichte und einer die nationalen Unterschiede berücksichtigenden politischen Bildungspolitik mit einer Verstärkung der sprachlichen und internationalen Komponenten in der Hochschulausbildung und der beruflichen Fortbildung verbunden wird.¹⁰

Für diese sind die Instrumente des bilateralen oder europäischen Hochschulaustausches von größter Bedeutung. Nationale auswärtige Kulturpolitik und die europäischen Programme der

EG können hier fruchtbar ineinandergreifen. Es wäre deshalb an der Zeit, die letzten Streitigkeiten über das im Europäischen Rat vorgeschlagene Hochschulaustauschprogramm ERASMUS, das für zehn Prozent der europäischen Studenten ein anerkanntes Auslandsstudium ermöglichen soll, zu beenden.¹¹ Darüber hinaus sollte alles getan werden, um durch qualifizierte Praktika den Austausch zwischen beruflicher Praxis und Forschung über die Grenzen hinweg zu verstärken.

Dabei wäre darauf zu achten, daß Programme wie das europäische Technologieaustauschprogramm COMETT auch die sprachliche und kulturelle Begegnung mit den Partnerländern angemessen berücksichtigen. Firmen, Verbände, Parteien und der öffentliche Dienst sollten darüber hinaus Sprachkenntnisse und Auslandsaufenthalte fördern und zum Element einer gezielten Personalpolitik machen. Auslandserfahrung sollte die Karriere fördern und nicht mehr als Risiko gelten. Dies alles erfordert Umdenken, neuartige Ausbildungs- und Fortbildungsprogramme, Projekte zur Entwicklung entsprechender Lehrmethoden und Schulungsprogramme sowie erhebliche Investitionen, insbesondere im Bereich des Hochschulaustausches.

Die von der französischen Regierung in einem „Blaubuch“ vorgelegten Anregungen zu einem „EUREKA“ kultureller Zusammenarbeit sollten ernst genommen werden. Mit ihrem Netz von Instituten wirkt die Europäische Kulturstiftung von Amsterdam aus in ähnlich flexibler Weise auch über die Grenzen der EG hinaus.

Die dringlichen politischen und damit kulturellen Fragen, vor denen Europa heute steht, können aber nicht der Hoffnung auf eine bessere Ausbildung kommender Generationen überlassen werden. Neuartige Anstrengungen sind nötig, um die „Kulturmauer“ dort zu durchbre-

Anmerkungen

¹Brigitte *Sauzay*, *Die rätselhaften Deutschen*, Stuttgart 1986, S. 95.

²Claus *Leggewie*, *Der König ist nackt. Ein Versuch, die Ära Mitterrand zu verstehen*, Hamburg 1986, S. 151.

³Vgl. dazu Dieter *Meneysch*/Henrik *Uterwedde*, *Partner oder Konkurrenten?*, in: Robert *Picht* (Hrsg.), *Das Bündnis im Bündnis. Deutsch-französische Beziehungen im internationalen Spannungsfeld*, Berlin 1983, S. 105ff.

⁴Inge *Weidig*/Gotthold *Zubeil*/Heimfried *Wolf*, *Die Kooperation zwischen deutschen und französischen Industrieunternehmen*, Basel 1986, S. 82.

⁵Ebenda, S.83.

⁶EA 3/1976, S. D 53ff., hier S. D 76f.

⁷Die politisch-kulturelle Herausforderung Europas – ein Weg zur Erneuerung der Industriegesellschaft?, *Bergedorfer Gesprächskreis* 1983, S. 13f.

⁸*Weidig* u.a., a.a.O., (Anm. 4) S.134f.

⁹Vgl. beispielsweise Rosemarie *Buhlmann*/Anneliese *Fearns*, *Handbuch des Fremdsprachenunterrichts*, Berlin/München 1987.

¹⁰Auf Initiative der Robert-Bosch-Stiftung hat ein Konsortium europäischer Stiftungen (Europäische Kulturstiftung, Gulbenkian-Stiftung, Fondation de France, Cini-Stiftung) ein derartiges Konzept internationaler Schulung entwickelt.

¹¹Am 14. Mai 1987 hat der Ministerrat schließlich ein um mehr als 50 Prozent reduziertes ERASMUS-Programm mit einer Laufzeit von zunächst drei Jahren verabschiedet.

chen, wo es um die Grundlagen des Denkens, der Wertentscheidungen und politischen Orientierungen geht.

Die Erfahrung lehrt, daß die üblichen Kolloquien hierzu ebensowenig ausreichen wie die umfangreiche europapolitische, europautopische Literatur. Die notwendige gemeinsame Denkanstrengung kann nur gelingen, wenn sich mit höherer Intensität als bisher vergleichende Forschung zu den historischen und philosophischen Grundlagen nationaler Orientierungen mit neuen Formen des kontinuierlichen Dialogs meinungsbildender Persönlichkeiten verbindet.

Europäische Kulturpolitik sollte statt Werbung Arbeit an der gemeinsamen europäischen Kultur sein. Nur um diesen Preis ist die Selbstbehauptung Europas zu erreichen.

Robert Picht

Termine

15. – 18. November

◉ Seminar für deutsche und französische Nachwuchsjournalisten; Strasbourg

27. – 28. November

Konferenz ◉ „Deutsch-französische Kooperation im Europa des 21. Jahrhunderts“ in Zusammenarbeit mit der Robert Bosch Stiftung aus Anlass des 60-jährigen Bestehens des dfi; Ludwigsburg

Hannelore Braun ◉ braun@dfi.de

28. November

Besuch des Bevollmächtigten für die deutsch-französischen Kulturbeziehungen Klaus Wowereit am dfi; Ludwigsburg

28. November

Mitgliederversammlung des dfi und Vortragsveranstaltung; Ludwigsburg

11. Dezember

„Hommage à Robert Picht“: gemeinsame Veranstaltung des Goethe-Instituts Paris und des dfi; Paris

Frankreich in Europa – Hintergründe eines aktuellen Themas

XXIV. dfi-Jahrestagung vom 27. bis 29. Juni 2008 in Ludwigsburg

Was ist vom französischen Partner zu erwarten, dessen Staatspräsident Sarkozy am 1. Juli für sechs Monate die EU-Ratspräsidentschaft übernehmen wird? Diese Frage wurde ausführlich in Politik und Medien diskutiert. Die Jahrestagung des dfi widmete sich den grundlegenden historischen, ökonomischen und politischen, aber auch kulturellen Hintergründen, die die französische Politik in Europa beeinflussen, ebenso wie der Europäisierung und ihren Folgen für Politik und Gesellschaft.

Rund 80 Forscher und politische Akteure aus Deutschland, Frankreich, Brüssel und Luxemburg waren zur XXIV. Jahrestagung des Deutsch-Französischen Instituts (dfi) nach Ludwigsburg gekommen, um gemeinsam die europabezogenen Interessen, Diskurse, Positionen und Transformationen in Frankreich zu erörtern. Die dfi-Jahrestagung wurde in Partnerschaft mit der Robert Schuman Stiftung und der Fondation pour l'Innovation Politique (beide mit Sitz in Paris) ausgerichtet; unterstützt wurde sie ferner von der Energie Baden-Württemberg (EnBW) und dem Büro für deutsch-französische universitäre Zusammenarbeit in Heidelberg in Verbindung mit der Französischen Botschaft.

Jean-Dominique Giuliani, Präsident der Robert Schuman Stiftung, befasste sich mit den Schwerpunkten der französischen Europapolitik und den Motiven, Denk- und Handlungs-

Auch in diesem Jahr bot das dfi-Jahreskolloquium den Teilnehmern zahlreiche Anregungen für ihre eigene Arbeit (Quelle: dfi).



Teilnehmer am dfi-Jahreskolloquium (v.l.n.r.): Prof. Dr. Henrik Uterwedde, Prof. Dr. Joachim Schild, Prof. Dr. Dietmar Hüser, Prof. Dr. Hartmut Kaelble (Quelle: dfi).

ansätzen von Präsident Sarkozy (vgl. dazu auch dfi aktuell 3/2008). Dieser sei ein überzeugter Europäer, in gewisser Weise „der europäischste Präsident der V. Republik“. Die hyperaktive, ungezwungene Diplomatie des neuen Präsidenten und sein zuweilen die Partner brüskierender Stil dürften nicht darüber hinwegtäuschen, dass Sarkozy klare Vorstellungen von den europäischen Herausforderungen habe und die Idee einer starken, politisch handlungsfähigen Union vertrete; er habe auch schnell begriffen, dass ohne eine enge deutsch-französische Zusammenarbeit kaum Fortschritte in Europa zu erzielen seien.

Neben dem Staatspräsidenten spielten französische Politik und Gesellschaft eine wichtige

Rolle bei der Jahrestagung. Hartmut Kaelble, Professor für Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin, ging der Frage nach, ob die französische Gesellschaft „Außensteuer oder treibende Kraft“ in Europa ist. Sein Fazit: Trotz einiger Sonderwege ist sie eine tragende Säule europäischer Entwicklung. Ohne die Franzosen, so Kaelble, wäre die europäische Integration nicht erklärbar und auch nicht verständlich. Joachim Schild, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Trier, ging den komplexen Wechselbeziehungen zwischen Europapolitik und französischer Gesellschaft nach. Für ihn zeichnet sich eine wachsende Bedeutung von Werten und Identitäten als Grundlage europapolitischer Präferenzen ab, was besonders an der Kontroverse um den EU-Beitritt der Türkei sichtbar geworden sei. Jacques Mistral, „Chefökonom“ am Institut français des relations internationales (IFRI, Paris), behandelte den Einfluss der europäischen Integration auf die französische Wirtschaft. Er zeigte auf, wie französische Regierungen seit 1958 die EU-Anpassungszwänge wiederholt als Mittel zur Durchsetzung schwieriger Reformen nutzten, aber auch, dass sich seit 1983 die Rahmenbedingungen und die Diskurse geändert und damit die Aufgabe der Wirtschaftspolitik erschwert haben.

Zahlreiche weitere Referate zu europapolitischen Positionen und Diskursen sowie der Europäisierung brachten ihrerseits weitere Fragestellungen und Ergebnisse ein. Die wichtigsten Beiträge der Tagung werden Anfang des Jahres 2009 im „Frankreich Jahrbuch“ veröffentlicht werden.

Henrik Uterwedde uterwedde@dfi.de

Deutsch-französisch-belgische Bürgermeisterkonsultationen in Stuttgart

„Kulturelle Vielfalt als Herausforderung für die Stadtgesellschaft“ – so lautete das Thema der diesjährigen deutsch-französisch-belgischen Bürgermeisterkonsultationen am 19. und 20. Juni in Stuttgart. Zahlreiche Vertreter aus Städten und Gemeinden Belgiens, Frankreichs und Deutschlands waren angereist, um sich darüber auszutauschen, welchen kulturellen Beitrag die aus anderen kulturellen Räumen zugewanderten Bürger für die Stadtgesellschaft leisten und wie Städte auf diese Zuwanderung angemessen reagieren können.

Im Mittelpunkt des Eröffnungspodiums stand dabei die Frage nach den interkulturellen Kompetenzen, über die Mitarbeiter in Kommunen heute verfügen müssen; dies wurde am Beispiel der Erfahrungen mehrerer Städte dargestellt. Zwei Arbeitsgruppen befassten sich außerdem mit Strategien der Einbindung von



Trafen sich zum Erfahrungsaustausch in Stuttgart: Vertreter zahlreicher belgischer, französischer und deutscher Kommunen (Quelle: dfi).

Eltern (Familien) in den Prozess der frühkindlichen Sozialisation und der schulischen Entwicklung bzw. mit kultursensiblen Pflegedienstleistungen für ältere Bürger unterschiedlicher kultureller Herkunft.

Gefördert wurde die vom dfi ausgerichtete Veranstaltung von der Freudenbergstiftung, der

Robert Bosch Stiftung und der belgischen König-Baudouin-Stiftung. Die Ergebnisse des Kolloquiums werden, voraussichtlich im ersten Quartal 2009, in einer mehrsprachigen Publikation veröffentlicht.

Frank Baasner baasner@dfi.de

FREUDENBERG
STIFTUNG



Robert Bosch Stiftung

 König-Baudouin-
Stiftung
Gemeinsam wirken für ein besseres Zusammenleben

Zehn französische Nachwuchsjournalisten lernen Deutschland und die Bundeshauptstadt Berlin kennen

Das Seminar für den zweiten Jahrgang junger französischer Journalisten hat vom 30. Juni bis 6. Juli 2008 in Berlin stattgefunden. Im Rahmen des Programms der Robert Bosch Stiftung für deutsche und französische Nachwuchsjournalisten wurden zehn junge Franzosen in die Bundeshauptstadt eingeladen, um dort aus erster Hand das deutsche Mediensystem, das politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche System der Bundesrepublik Deutschland kennen zu lernen.

Zum Seminar gehörten Gespräche mit hochrangigen Persönlichkeiten im Auswärtigen Amt, im Bundeskanzleramt, im Bundestag und bei der Bundespressekonferenz. Begegnungen mit Journalisten bildeten einen weiteren Schwerpunkt. Ein halber Tag war der untergegangenen DDR gewidmet und der Frage, wie der Alltag und die journalistische Arbeit in einem totalitären System organisiert waren.

Ziel des Seminars für die französischen Journalisten in Berlin, des sich anschließenden Prakti-



Abendessen mit Cécile Calla, Korrespondentin in Berlin für die französische Zeitung „Le Monde“ (1.v.r.) (Quelle: dfi).

kums bei einem Medium in Deutschland und des gemeinsamen Arbeitstreffens der französischen und deutschen Nachwuchsjournalisten im November in Strasbourg ist die Schaffung eines Netzwerks.

Was die Mitwirkenden verbindet, ist die Tatsache, dass sie das jeweils andere Land kennen gelernt haben, über gute Kontakte verfügen und in der Lage sind, in ihrer journalistischen

Arbeit die Grenzen zu überwinden, die Europa nach wie vor teilen. Für die jungen französischen Journalisten war es wichtig, in Berlin einige der Institutionen zu besuchen, die regelmäßig in den Medien vorkommen. Dort konnten sie Kontakte knüpfen, die im späteren Arbeitsleben hilfreich sein werden.

Brigitte Veit veit@dfi.de

10. Deutsch-Französischer Dialog in Otzenhausen

Auch in diesem Jahr führte auf Einladung der ASKO EUROPA-STIFTUNG der vom dfi mitorganisierte 10. Deutsch-Französische Dialog zum Thema „Nachhaltige Entwicklung – Ein neuer Imperativ für Europa?“ wieder rund 200 Experten und Interessierte aus Deutschland, Frankreich und Europa am 5. und 6. Juni im saarländischen Otzenhausen zusammen.

Nach einem Problemaufriss auf dem international besetzten Eröffnungspodium wurden in vier parallel stattfindenden Arbeitsgruppen die vielfältigen Aspekte der Nachhaltigkeit vertieft und kontrovers diskutiert.

Ein zentrales Ergebnis aller Arbeitsgruppen: Nachhaltige Entwicklung ist ein zukunftssträchtiges Thema für die Europäische Union. So wurde zum Beispiel deutlich, dass nicht primär das spezifische Thema Klima zukunftsfähig ist, sondern vielmehr die sozialen und gesellschaftlichen Aspekte, wie z. B. Verteilungskonflikte (innerhalb einer Gesellschaft sowie auf internationaler Ebene), betrachtet werden müssen.

Die Anforderungen an die Europäische Union sowie deren Gestaltungsmöglichkeiten im Bereich der internationalen Umweltpolitik wur-



Ein prominenter Teilnehmer am 10. Deutsch-Französischen Dialog: der französische Botschafter Bernard de Montferrand (Quelle: ASKO EUROPA-STIFTUNG/Valéri Braun).

den insbesondere auf einen europäischen Energiemarkt und auf die Fähigkeit, bi- oder multinationale Initiativen mit dem UN-Prozess zu verknüpfen, bezogen.

Im Bereich der Wirtschaft stellte sich u. a. die Frage, ob Corporate Social Responsibility wirklich eine Umsetzung des Nachhaltigkeitsgedankens in der Wirtschaft darstellt oder lediglich ein reines Marketinginstrument ist.

Auf der institutionellen Ebene der Europäischen Union ist das Thema insbesondere über

die Klima- und Umweltschutzpolitik präsent. Nachhaltigkeit steht weit oben auf den Agenden der EU-Ratspräsidentschaften u. a. von Frankreich und Schweden. Allerdings fallen bei der Umsetzung folgende einschränkende Faktoren auf: Neben dem komplexen Zusammenspiel zwischen der Europäischen Kommission, dem Europäischen Parlament sowie den Mitgliedstaaten spielt auch die notwendige Positionierung der seit 2004 beigetretenen Mitgliedstaaten eine wesentliche Rolle.

Insgesamt, so das Fazit der Veranstaltung, darf der Diskurs nicht zu einem negativen Beigeschmack bei Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, insbesondere aber bei jedem Einzelnen führen. Dabei spielt die Nachahmung eine wichtige Rolle, nach dem Motto: „If I will, you will“ – und der Weg in die zweite Aufklärung ist bereitet.

Der Diskussionsbericht zum diesjährigen Deutsch-Französischen Dialog steht auf der Internetseite der [ASKO EUROPA-STIFTUNG](http://www.asks.europa-stiftung.de) zur Verfügung stehen.

Inga Wachsmann
dfd@asko-europa-stiftung.de

„Marthe und Mathilde“ – eine Familie im Elsass zwischen Frankreich und Deutschland: Lesung mit Pascale Hugues

Die Geschichte zweier Großmütter, einer Elsässerin und einer Deutschen, steht im Mittelpunkt des Buches „Marthe und Mathilde“, das Pascale Hugues am 21. Oktober 2008 in den Räumen des Deutsch-Französischen Instituts (dfi) in Ludwigsburg vorgestellt hat. Gut 60 Zuhörer, ein interessiertes und engagiertes Publikum, waren zu der Lesung gekommen, die gemeinsam mit der Schubart-Buchhandlung ausgerichtet wurde.



Im Anschluss an die Lesung: die Journalistin und Autorin Pascale Hugues (rechts) im Gespräch mit Dr. Sigrid Pohl-Umlauf von der Schubart-Buchhandlung Ludwigsburg (Quelle: dfi).

Pascale Hugues, geboren 1959 in Strasbourg, war im September 1989 als Auslandskorrespondentin der Zeitung „Libération“ nach Deutschland gekommen und hat mit großem Einfühlungsvermögen über den Fall der Mauer und die Wiedervereinigung Deutschlands geschrieben. Seit 1995 ist sie Autorin für das Wochenmagazin „Le Point“ und lebt mit ihrer Familie in Berlin.

In ihrem Buch „Marthe und Mathilde“ beschreibt sie einfühlsam und präzise das Leben von Marthe und Mathilde, die beide 1902 geboren und 2001 gestorben sind. Im 20.

Jahrhundert mussten sie dreimal die Nationalität wechseln. Mathildes Eltern waren Deutsche, aus Landau in der Pfalz. Sie zogen 1906 in das Haus der Familie von Marthe im elsässischen Colmar, guten französischen Patrioten. Die beiden Mädchen freundeten sich an, blieben ihr Leben lang zusammen, gründeten im Elsass neue Familien und waren nur während der fünf Jahre des Zweiten Weltkriegs wirklich getrennt. In ihrem Leben spiegeln sich die Wechselfälle der deutsch-französischen Geschichte eines ganzen Jahrhunderts wider.

Pascale Hugues ist die Enkelin der beiden Frauen. Sich selbst sieht sie als „Archivarin der Familie“. Keiner vor ihr hatte zuvor die alten Quellen in den Archiven im Elsass eingesehen. Wobei es Hugues nicht um Abrechnung geht, sondern um die Entdeckung von Geschichten, die lange verschüttet waren. Im nächsten Jahr wird das Buch auf Französisch erscheinen.

Brigitte Veit veit@dfi.de
Sebastian Nix nix@dfi.de



„In Frankreich sind doch die Medien unabhängig. Oder?“: Deutsche Jungjournalisten in Paris

Spiegelbildlich zu ihren französischen „homologues“ in Berlin hatten ausgewählte deutsche Nachwuchsjournalisten Gelegenheit, bei einem einwöchigen Seminar in Paris hochrangige Vertreter aus Politik, Medien, Wirtschaft und Gesellschaft zu treffen und ausführliche Gespräche zu führen. Einführungen zur französischen Medienlandschaft und zur spezifischen Rolle von Kommunikationsagenturen folgten Besuche verschiedener Institutionen, vom Conseil régional d’Île-de-France über das Hôtel Matignon, dem Sitz des Premierministers, bis zur Nationalversammlung. Bei den Gesprächen ging es nie nur um die jeweilige Rolle im politischen System, sondern auch um die aktuellen Herausforderungen für die jeweilige Presse- und Kommunikationsarbeit: **Wie positioniert sich die Region gegenüber dem Projekt „Grand Paris“? Welche Termine des Premierministers sind mediatisierbar? Wie wird die Pressearbeit des Parlaments sichtbar gemacht?**

Einen weiteren Schwerpunkt bildeten die Erfahrungsberichte von Korrespondenten und Journalisten in Paris. Der Zugang zu den „wichtigen“ Informationen und den „richtigen“ Personen wurde von Korrespondenten in Berlin und Paris gleichermaßen als Schlüssel für erfolgreiche Korrespondentenarbeit erachtet.

Der Wechsel im Elysée, so die einhellige Aussage französischer Journalisten, sei für alle gewöhnungsbedürftig gewesen: im Umgang mit den Medien, in der Schnelligkeit der besetzten Themen, in der unvorhersehbaren Reaktion des Hausherrn auf zu kritische Töne. Die Realität des Nachbarlandes treffend darzu-



Wolfram Vogel (1.v.l.), dfi Paris, mit der Gruppe der Nachwuchsjournalisten vor der Nationalversammlung (Quelle: dfi).

stellen, ist eine Herausforderung, der sich gerade die nachwachsende Generation von Journalisten annehmen muss. Um sie für Frankreich zu sensibilisieren und für den Umgang mit den Medien praxistauglich zu machen, hat das dfi allen Teilnehmern einen

Praktikumsplatz bei Fernsehanstalten, der Presse oder beim Radio vermittelt. Ein weiterer Baustein zur Verzahnung deutscher und französischer Medienkontakte.

Wolfram Vogel dfi-paris@dfi.de



Vorbereitung der 20 Uhr-Nachrichten in der morgendlichen Redaktionssitzung: Claire Chazal, Nachrichtensprecherin der 13 und 20 Uhr-Nachrichten, mit Germain Dagoguet (rechts), Nachrichten-Chefredakteur des Senders TF1 (Quelle: dfi).

Deutsch-französische Konferenz zur Innovationspolitik

Die Herausforderungen der Innovation in den Wirtschaftsregionen standen im Mittelpunkt einer Tagung, die das dfi gemeinsam mit seinem Partnerinstitut CIRAC in Paris organisierte.

Welche Unterschiede, welche Gemeinsamkeiten gibt es zwischen den deutschen Kompetenznetzen (Cluster) und den „pôles de compétitivité“ in Frankreich? Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit zwischen Kommunen, Ländern bzw. Regionen, Staat und

der EU? Welche Rolle nehmen die kleinen und mittleren Unternehmen in den Kompetenznet-

Föderalismus) und Grundphilosophien (top-down/bottom-up) beider Länder unterscheiden. Dennoch ergaben sich auch zahlreiche

Gemeinsamkeiten, was die Bedeutung der Cluster und generell der Innovationsförderung betrifft.

Die Ergebnisse dieser –

vom französischen Deutschlandforschungszentrum CIERA geförderten – Konferenz werden 2009 veröffentlicht.

Henrik Uterwedde uterwedde@dfi.de



dfi beteiligt am Internetportal IREON

IREON – das Fachportal Internationale Beziehungen und Länderkunde Online ist jetzt unter www.ireon-portal.de öffentlich zugänglich. Es bietet erstmals unter einer einheitlichen Oberfläche die Möglichkeit, in Fachdatenbanken und Bibliothekskatalogen zu Außen- und Sicherheitspolitik, internationaler wirtschafts- und entwicklungspolitischer Zusammenarbeit, zu Europapolitik, transatlantischen Themen, Auswärtiger Kulturpolitik, regional- und länderbezogenen Fragen sowie zu Klima und Umweltthemen zu recherchieren.

In der Suche kann gleichzeitig auf die Datenbanken World Affairs Online (über 800.000 Bücher, Aufsätze, elektronische Publikationen und Graue Literatur), PAIS International (mehr als 150.000 Literaturhinweise), Worldwide Political Science Abstracts (über 200.000 Datensätze) und auf Ausschnitte des Bibliothekskatalogs der Friedrich-Ebert-Stiftung zugegriffen werden. Ebenfalls in die Recherche integriert sind internationale Abkommen mit Links zu den Volltexten. Angeboten wird außerdem eine Verlinkung zu einem neuen Online Contents-Dienst mit Inhaltsverzeichnissen von



Startseite des IREON-Portals.

über 800 Fachzeitschriften. Ein Fachthesaurus in Deutsch, Englisch, Französisch, Italienisch, Spanisch, Polnisch, Tschechisch, Kroatisch und Russisch erleichtert die Suche.

Das Fachportal ist ein Angebot des [FIV – Fachinformationsverbund Internationale Beziehungen](#) und Länderkunde, ein Zusammen-

schluss von zwölf führenden deutschen Fachinformationseinrichtungen und einem nordeuropäischen Forschungsinstitut. Das Deutsch-Französische Institut gehört dem FIV seit 1986 an.

Sebastian Nix nix@dfi.de

Neuerscheinung: Publikation zur Tagung „Öffentliche Dienstleistungen – neue Anforderungen und Organisationsformen“

„Öffentliche Dienstleistungen – neue Anforderungen und Organisationsformen“: unter diesem Thema stand die dritte Jahreskonferenz der deutschen und französischen Organisationen aus Wirtschaft und Gesellschaft am 18. Januar 2008 in Paris (vgl. [dfi aktuell 2/2008](#)). Etwa 120 Teilnehmer aus beiden Ländern (Vertreter wirtschaftlicher und sozialer Verbände,

der Gewerkschaften, der Wissenschaft, der Unternehmen und kommunale Verantwortliche) waren der Einladung des Wirtschafts- und Sozialrats (Conseil économique et social) gefolgt. Die Veranstaltung wurde in Partnerschaft mit dem dfi und mit Unterstützung des französischen Außenministeriums sowie der Deutschen Botschaft durchgeführt.

Im Zentrum der Debatten stand ein Erfahrungsaustausch über die neuen Herausforderungen und Handlungsoptionen für die gemeinwohlorientierten Dienstleistungen. Die jeweiligen Erfolge, aber auch Anpassungszwänge in beiden Ländern kamen ebenso zur Sprache wie mögliche Konflikte zwischen Wettbewerbsfähigkeit und Gemeinwohlverpflichtung.

Eine Fundgrube für Frankreichinteressierte: Das deutschsprachige Angebot von rfi

Wer sich über das aktuelle Geschehen in Frankreich umfassend in deutscher Sprache informieren möchte, findet dazu beim französischen Auslandsrundfunk „Radio France Internationale“



(rfi) ein umfangreiches Angebot. Auf der Internetseite www.rfi.fr/deutsch gibt es zahlreiche informative Artikel zu Fragen der politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklung im Nachbarland. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, sich Beiträge aus dem deutschsprachigen Hörfunkprogramm des Senders anzuhören. Schließlich

lassen sich die Inhalte der deutschen Seite auch als RSS-Feed abonnieren.

Allerdings: Wie lange dieses Angebot noch Bestand hat, ist fraglich. Wie vor kurzem

bekannt wurde, gibt es im Zuge einer umfassenden Restrukturierung des französischen Auslandsrundfunks Überlegungen, den deutschen Dienst von rfi einzustellen. Eine endgültige Entscheidung dazu soll Ende November bekannt gegeben werden.

Sebastian Nix nix@dfi.de

Wolfram Vogel dfi-paris@dfi.paris



Conseil économique et social/Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.): *Les services aux publics: besoins nouveaux et changements d'organisation; dossier réalisé à l'occasion de la troisième conférence annuelle des organisations économiques et sociales françaises et allemandes = Öffentliche Dienstleistungen. – Paris, 2008. – 173 S. Die Kolloquiumsakten können unter info@dfi.de bestellt werden.*

Buchvorstellung: „Sarkozy der Europäer“ – Legende und Wirklichkeit

Frankreich ist, so Präsident Sarkozy, „zurück in Europa“. Der Präsident hat mit der ihm eigenen, zuweilen etwas hektischen Betriebsamkeit eine Reihe von Initiativen und Versuchsballons gestartet und die europäischen Partner mit neuen Forderungen konfrontiert. Mittelmeerunion, europäische Wirtschaftsregierung, Kritik der Europäischen Zentralbank, Euro-Protektionismus: Die Liste der französischen Vorstöße ist lang, mit denen Sarkozy der Union einen neuen Elan, aber auch eine neue Richtung geben will.

Florence Autret, Wirtschaftsjournalistin und Brüssel-Korrespondentin mehrerer französischer Zeitungen, nimmt in ihrem auf Französisch erschienenen Buch die Europapolitik des Präsidenten unter die Lupe. Ihre intime Kenntnis der EU-Szene erlaubt es ihr, Schein und Wirklichkeit, Effekthascherei und Substanz zu unterscheiden. Dies tut sie gründlich und

deckt dabei eine Reihe von Widersprüchen auf: Der Präsident brüste sich mit Erfolgen, die in Wirklichkeit keine seien; der schädliche Einfluss seines europafeindlichen Beraters Henri Guaino sei allenthalben spürbar; sein egozentrischer Stil („Das ‚Wir‘ ist nicht seine Stärke“, S. 11) verstoße gegen die gemeinschaftliche Kultur der EU; zwischen Anspruch und Wirklichkeit klappe eine große Lücke: So habe Sarkozy, „obwohl er vorgibt, Europa ändern zu wollen, in Lissabon einen föderalen und liberalen Vertrag unterzeichnet“ (S. 13).

In der Summe geraten die Analysen zu einem überaus kritischen Gesamtbild des Präsidenten. Das Buch ist lebendig und scharfsinnig geschrieben; es gibt den Blick hinter die Kulissen frei, ohne in billigen Enthüllungsjournalismus abzugleiten. Der ironische, teils sarkastische Stil dient der Zuspitzung, um Widersprüche und Fehlentwicklungen herauszustellen. Dabei geht es Florence Autret niemals um

billige Polemik. Ihr Anliegen ist – über die Kritik Sarkozys hinaus – das Verständnis europäischer Zusammenhänge. Die Natur der Europäischen Union, deren Grundlage das Aushandeln von Kompromissen sei, erfordere von der französischen Regierung einen anderen Stil und realistischere Handlungsansätze. Es sind nicht zuletzt die klugen Einsichten in Spielräume und Grenzen nationaler Europapolitik, die das Buch spannend und lesenswert machen.

H. U.



Autret, Florence: Sarkozy à Bruxelles. – Paris: Seuil, 2008. – 137 S., 15 Euro. Signatur in der Frankreich-Bibliothek: YC 320.AUT.

Buchvorstellung: Nation und Europa in Parlamentsdebatten zur Europäischen Integration

Nationale Parlamente als Arenen der Auseinandersetzung um die Definition nationaler und europäischer Politik sind bisher noch zu wenig Gegenstand politikwissenschaftlicher Forschung gewesen. Dies ist eine der Ausgangsprämissen der von Maximilian Müller-Härlin vorgelegten, auf einer Dissertation basierenden, umfangreichen Monographie, in der in vergleichender Perspektive mehr als 400 Reden aus 15 Parlamentsdebatten in Deutschland, Frankreich und Großbritannien analysiert werden. Ausgehend von einem diskurs-semantischen Ansatz stehen dabei exemplarisch zwei wichtige Phasen des europäischen Einigungsprozesses im Mittelpunkt der Untersuchung: die Debatten zum Schuman-Plan von 1950 sowie zu den Maastrichter Verträgen von 1992.

Für die 1950er Jahre konstatiert der Autor eine Unvereinbarkeit der europapolitischen Prämissen in den drei Parlamenten. So habe weder eine britisch-französische Einigkeit über die deutsche Gefahr noch ein britisch-französisch-deutscher Konsens über eine Bedrohung durch die Sowjetunion bestanden. Auch seien die Stärke bzw. Schwäche des jeweils eigenen und der anderen Länder sowie deren Rolle im europäischen Einigungsprozess jeweils unterschiedlich eingeschätzt worden, wobei aller-

dings überall für das eigene Land ein Führungsanspruch in Europa formuliert worden sei. Zugleich identifiziert Müller-Härlin aber auch einen Grundkonsens in anderen Fragen, so beispielsweise ein „Nationalismus-Tabu“ und einen „Kooperations-Konsens“. Weiterhin habe insofern ein „Holocaust-Tabu“ bestanden, als die deutsche Verantwortung für den Massenmord an den europäischen Juden während des Nationalsozialismus nicht offen thematisiert worden sei.

Für die Debatten über die Maastrichter Verträge sind dann deutliche Verschiebungen in den Argumentationslinien erkennbar. So sei aus dem „Kooperations-Konsens“ der 1950er Jahre ein „Desintegrations-Tabu“ geworden, da ein möglicher Austritt aus der Gemeinschaft von den Rednern nicht mehr in Erwägung gezogen wurde. Typisch sei außerdem eine deutliche Tendenz, negativ über „Brüssel“ zu sprechen; gleichzeitig werde, anders als 40 Jahre zuvor, die nationale Souveränität nicht mehr relativiert.

Insgesamt zeigt die Arbeit Müller-Härlins, dass in den nationalen Parlamenten nationale Identifikationsmuster und –angebote über europäische dominieren. Dies sollte zum Nachdenken anregen in einer kritischen Phase des europäischen Einigungsprozesses, der nach dem vorläufigen Scheitern des Verfassungsvertrags an

nationalen Egoismen dringend einer besseren Verankerung im politischen und öffentlichen Diskurs der EU-Mitgliedstaaten bedürfte.

S.N.



Müller-Härlin, Maximilian: Nation und Europa in Parlamentsdebatten zur Europäischen Integration: Identifikationsmuster in Deutschland, Frankreich und Großbritannien nach 1950. – Baden-Baden: Nomos, 2008. – 626 S., 98 Euro. Signatur in der Frankreich-Bibliothek: YV 240.MUEL.

Impressum

Deutsch-Französisches Institut
Asperger Straße 34
D-71634 Ludwigsburg
Tel +49 (0)7141 93 03 0
Fax +49 (0)7141 93 03 50
• www.dfi.de
• info@dfi.de
Redaktion: Sebastian Nix
Verantwortlich für den Inhalt:
Prof. Dr. Frank Baasner